

„Fühlen uns Corona schutzlos ausgeliefert“

OFFENBACH Schülerinnen und Schüler fordern kleinere Klassen

VON JONAS NONNENMANN

In einem offenen Brief fordern Schüler:innen der Theodor-Heuss-Schule einen besseren Schutz vor Coronainfektionen.

„Wir wollen nicht wie Versuchskaninchen in der zweiten Corona-Welle behandelt werden“, heißt es in dem Schreiben, das sich unter anderem an das Staatliche Schulamt und an das Gesundheitsamt der Stadt richtet. Wenn täglich so viele Menschen auf so engem Raum zusammen seien, könnten auch Masken nur bedingt schützen.

„Wir fühlen uns der Pandemie schutzlos ausgeliefert“. Die Verfasser fordern einen sofortigen Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht an der Berufsschule, also Homeschooling. Das würde ermöglichen, die Klassen so zu verkleinern.

dass Mindestabstände eingehalten werden könnten. Schließlich empfehle das Robert-Koch-Institut, Klassen ab einer 7-Tage-Inzidenz von 50 zu verkleinern (in Offenbach lag die Inzidenz am Freitag bei fast 255). Unterschrieben ist der Brief „im Namen der Schülerschaft“ von Schulsprecher Gulsher Gharwal und von Ko-Autor Kevin Schmidt.

Laut Schmidt ging die Initiative für den Brief von dem Abiturjahrgang aus; dort gebe es wegen des Kurssystems besonders viele Kontakte. Und jeder Infizierte trage die Krankheit nach Hause zu den Eltern.

In den Klassen werde zwar viel gelüftet, sagt Schmidt, aber jetzt werde es kälter. „Man kann die Klassenarbeit doch nicht mit Handschuhen schreiben“, sagt er. „Man tut uns so

einfach keinen Gefallen“. In der letzten Woche habe es an der Schule einen Covid-Fall gegeben, Mitschüler:innen seien aber nicht getestet worden. Es bestehe unter anderem wegen der Maskenpflicht „keine Notwendigkeit der Weiterverfolgung“, teilte das städtische Gesundheitsamt mit.

Gesundheitsamt überlastet

Überhaupt ist fraglich, ob die Stadt die Kapazitäten dafür hätte. Vor wenigen Tagen teilte der Magistrat mit, dass „das Gesundheitsamt die wichtige Kontaktnachverfolgung in vielen Fällen nicht mehr gewährleisten kann“. Infektionsketten müssten vor allem bei gefährdeten Menschen unterbrochen werden, heißt es in der Mitteilung.